

Kriegseintritt 1917 bis in die Nachkriegsphase, auch als Folge von Diskriminierungen, sowie nach den genauen Grenzen zwischen „ethnischer Gruppe“ und „nationaler Minderheit“ werden in der Studie auf einer *konzeptionellen* Ebene nicht aufgeworfen.

Auch fehlt im Kapitel zur Vorgesichte ein Hinweis zum deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und zu offiziellen amerikanischen Reaktionen auf dieses Gesetz, das Millionen von eingebürgerten Deutschamerikanern zumindest theoretisch die Option auf die deutsche Staatsangehörigkeit gab.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Arbeit eine wichtige Lücke in der amerikanischen Geschichte schließt. Die stets sachliche Argumentationsweise des Vf. hebt sich von einigen deutsch-tümelnden (insbesondere in den USA publizierten) Arbeiten zu den Folgen des Kriegseintritts der USA für Deutschamerikaner ab.

Tobias Brinkmann

Robert K. von Weizsäcker (Hrsg.), Schul- und Hochschulorganisation (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 273), Duncker & Humblot, Berlin 2000, 291 S.

Der Herausgeber macht in seinem Vorwort auf einen ebenso einfachen wie häufig übersehenen Zusammenhang aufmerksam, wenn er schreibt, daß „die Bildungspolitik (...) in der Regel (...) keinem wohl definierten Optimierungsprozeß“ folgt. Wertvorstellungen, Vorurteile und Ideologien der jeweiligen Entscheidungsträger sowie historische Entwicklungen und institutionelle Vorgaben bedingen die

Entschlüsse in der Bildungspolitik. „Angesichts der begrenzten Zeit und unvollständigen Informationen im politischen Entscheidungsprozeß tritt an die Stelle einer Suche nach einer optimalen Lösung das Tagesgeschäft des stückweisen Vorgehens.“ (S. 6).

Vor diesem Hintergrund erscheint die Beschäftigung mit Teilen des Bildungssystems in Form von Fallstudien, die teilweise vergleichend angelegt sind, gerechtfertigt. Dieser Band wendet sich sowohl der Schule mit einer Analyse der notwendigen Reorganisation aufgrund dramatisch sinkender Schülerzahlen in den neuen Bundesländern (am Beispiel von Mecklenburg Vorpommern, wo sich durch Abwanderung und geringe Bevölkerungsdichte die Probleme zusätzlich verschärfen) und einer Studie zum Zeitmanagement von Lehrern und Lehrerinnen, als auch dem dualen Berufsbildungssystem zu, in dem die einzelbetrieblichen mit einer standort- und Akteursgruppen übergreifenden Finanzierung neu austariert werden soll.

Der größte Teil der Aufsätze behandelt Hochschulreformfragen; zunächst in einem deutsch-amerikanisch-japanischen Vergleich, sodann mit einer Analyse der jüngsten Reformschritte in der Schweiz. Es schließen sich Überlegungen zum Innovationstransfer zwischen Hochschule und gewerblichen Betrieben, sowie zu Vorschlägen über die Reform der Hochschulfinanzierung (über Bildungsgutscheine bzw. durch Einführung von Stiftungsmitteln als wesentlicher Bestandteil von Hochschulbudgets bzw. durch die Einführung von Globalhaushalten) an, während zum Abschluß das Verhältnis von staatlichen und privaten Trägern von Bildung erörtert wird. Im Ergebnis be-

kommt man einen guten Einblick in die Schwer- und Streitpunkte der aktuellen Hochschulreformdebatte in Deutschland.

Die Knappheit des Vorworts und das Fehlen eines Resümées deuten auf Gründe für die eingangs beklagte, begrenzte Rationalität: Akteure der Hochschulreform haben beschränkte Interessen im Blick, wissenschaftliche Beobachter der Hochschulreform machen ihre Vorschläge ebenfalls mit einem Interesse an der Stabilisierung ihres jeweils auf ein Thema beschränkten Blickes.

Matthias Middell

Thomas Heinrichs, Zeit der Uneigentlichkeit. Heidegger als Philosoph des Fordismus, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 285 S.

Mit „Zeit der Uneigentlichkeit“ führt Thomas Heinrichs die neuere Debatte um Heideggers Verstrickung in den Nationalsozialismus fort, die Ende der achtziger Jahre durch das Erscheinen von Viktor Farias Buch „Heidegger und der Nationalsozialismus“ ausgelöst worden ist. In der Heidegger-Debatte geht es im Wesentlichen um zwei Fragen. *Erstens*: Was sind die persönlichen Verfehlungen und wie groß ist die persönliche Schuld Heideggers, die dieser mit der Übernahme des Freiburger Rektorats und dem Beitritt zur NSDAP im Frühjahr 1933 und seinem anfänglich starken Engagement für den NS-Staat auf sich geladen hat. Die Tatsachen sind hier mittlerweile weitgehend aufgeklärt. (Zu empfehlen ist die differenzierte Darstellung Rüdiger Safranskis in seiner Heidegger-Biographie „Ein Meister aus Deutsch-

land“.) Der eigentliche Streit in der Heidegger-Debatte geht deshalb heute eher um die *zweite* Frage: Inwieweit gehören Heideggers Philosophie einerseits und sein politisches Engagement für den Nationalsozialismus andererseits *zusammen*? Hier gehen die Ansichten der verschiedenen Interpreten extrem auseinander. Auf der einen Seite wird die These vertreten, Heideggers Philosophie habe im Kern nichts mit dem Nationalsozialismus bzw. mit Heideggers entsprechendem politischem Engagement zu tun. Letzteres sei eher einer zufälligen (und unglücklichen) Konstellation geschuldet gewesen, einem kurzzeitigen politischen Blackout Heideggers ähnlich Platons desaströsem Syrakus-Intermezzo. Dieser Ansicht steht auf der anderen Seite des Interpretationsspektrums die These gegenüber, Heideggers Philosophie insgesamt sei strukturell faschistisch und sein politisches Handeln 1933 nur die Konsequenz seiner philosophischen Ansichten.

Ein Vertreter der letzteren Position ist Thomas Heinrichs. Unter Berufung auf Pierre Bourdieu („Die politische Ontologie Heideggers“) mahnt *Heinrichs* eine „Doppellektüre“ Heideggers an: eine Lektüre, die sich sowohl im philosophischen als auch im politischen Feld bewege, denn – so Heinrichs im Anschluß an Bourdieu – Philosophen befänden sich mit ihren Reden/Büchern niemals nur im engeren Fachdiskurs, sondern immer zugleich auch im öffentlichen politischen Diskurs ihrer jeweiligen Gesellschaften. *Heinrichs* selbst versucht nun, eine solche Doppellektüre Heideggers vorzunehmen, wobei er sich auf dessen Frühwerk – die Vorlesungen und Texte Heideggers bis 1930 – beschränkt.